



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Bewährte Kriseninstrumente nicht zu früh stoppen"

16. August 2020

MÜNCHEN. Der Bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger unterstützt das Vorhaben von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate zu verlängern. Diese Forderung hatte Aiwanger in der Vergangenheit schon mehrfach geäußert und hofft nun auf eine schnelle Umsetzung auf Bundesebene, um Planungssicherheit für Betriebe und Belegschaft zu bekommen.

Aiwanger: „Ohne die Kurzarbeit stünden wir jetzt mitten in einer Massenarbeitslosigkeit. Deshalb ist es zur Stabilisierung von Wirtschaft und Gesellschaft dringend nötig, die Kurzarbeit auf 24 Monate zu verlängern und die Überbrückungshilfe bis Ende diesen Jahres zu zahlen. Zudem sollte die Aussetzung der Pflicht zur Insolvenzanmeldung bei Zahlungsunfähigkeit bis Jahresende, bei Überschuldung bis Ende März 2021 gelten. Es wäre fatal, bewährte Kriseninstrumente zu früh zu stoppen.“

Aiwanger hofft, dass sich die Wirtschaft im Schatten der Coronakrise wieder schrittweise stabilisiert. In Bayern befinden sich rund 1,5 Millionen Menschen in Kurzarbeit, bundesweit über 6 Millionen. Zuletzt ist die Autoindustrie wieder weitgehend aus der Kurzarbeit in Vollbeschäftigung zurückgekehrt und die Produktionszahlen der Industrie haben sich deutlich verbessert.

Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 229/20